

Die neue Fassung des Friedensabkommens stößt abermals auf Ablehnung bei verschiedenen Gruppen, angeführt von der Partei Demokratisches Zentrum des früheren Präsidenten Álvaro Uribe. Dazu das Magazin SEMANA am 19.11.2016:

Uribes Partei: Die Mauer des Nein

Für die Eile, mit der die Regierung und die FARC an die Arbeit gingen, um ein neues Abkommen zu entwerfen, gibt es zwei Gründe. Zum einen ging es darum, die Ungewissheit zu beenden, die den Friedensprozess nach dem Nein beim Referendum überlagert. Zum anderen darum, Auswege aus der tiefen Polarisierung zu finden, die ihren Ausdruck darin fand, dass nahezu die Hälfte der Stimmen auf das Ja und die andere auf das nein entfielen.

Um das zweite Ziel zu erreichen, wandte die Regierung während der sechs Wochen nach der Abstimmung 150 Stunden auf, um sich mit mehreren Gruppierungen zusammzusetzen, die gegen das ursprüngliche Abkommen waren. Militärs im Ruhestand, Teile der Konservativen Partei, evangelikale Gruppen, katholische Würdenträger und Uribes Partei reichten mehr als 400 Eingaben ein, die Chefunterhändler Humberto de la Calle mit nach Havanna nahm. Nach Tagen intensiver Arbeit in Kuba einigte sich die Regierungsdelegation mit der FARC auf Modifizierungen des Abkommens in 56 der 57 Themen, die von der Opposition kritisiert worden waren. Von den zentralen Punkten blieb lediglich der Punkt unverändert, in dem die politische Mitwirkung von FARC-Mitgliedern nach der Niederlegung der Waffen vereinbart ist.

Trotz der Energie und des guten Willens, die beide Seiten in dieser schwierigen Angelegenheit aufbrachten, wurde doch nicht die erhoffte politische Einigung erzielt. Wenige Stunden nachdem Präsident Santos Uribe mitgeteilt hatte, man habe in Havanna ein neues Abkommen vereinbart, teilte dieser über Twitter mit, man erwarte, dass dieses nicht definitiv sei. Seither hat sich Uribe nicht mehr zum Thema geäußert und seine Verbündeten bewahrten Stillschweigen. Mit der Begründung, man lese den neuen Text, beschränkte man sich darauf mitzuteilen, das Ende der Verhandlungen mit der FARC komme überraschend und man erwarte, der Dialog mit den Wortführern des Nein sei nicht abgeschlossen bis diese, getragen vom Sieg des Nein bei der Volksabstimmung, ihre Zustimmung zum neuen Abkommen erklärten.

Dass die Mehrzahl der Anführer des Nein bisher eher vorsichtig reagierten (mit Ausnahme des früheren Prokurators Ordoñez, der sehr schnell die Änderungen als kosmetisch abqualifizierte), heißt aber nicht, dass sie sich weiter still verhalten werden. Tatsächlich arbeiten sie seit Donnerstag an einer gemeinsamen kritischen Stellungnahme zu der Vereinbarung von Havanna. Diese wollen sie veröffentlichen, nachdem am kommenden Montag ein Treffen zwischen Demokratischem Zentrum und Regierung stattgefunden haben wird. „An diesem Tag werden sie uns informieren, dass sie für uns die Tür für neue Eingaben zu den Abmachungen mit der FARC zugeschlagen haben. Gewiss werden wir gemeinsam Stellung nehmen. Und wenn es nötig wird, gehen wir auf die Straße“, erklärte ein Sprecher von Uribes Partei gegenüber SEMANA, die eine Führungsrolle beim Austausch von Argumenten mit der Regierung eingenommen hat.

Seitens derjenigen Konservativen, die mit Nein gestimmt hatten, sandte Marta Lucía Ramírez bereits einen Brief an Präsident Santos, in dem sie mitteilte, das neue Abkommen enthalte nicht ihre Petitionen, das Modell der ländlichen Entwicklung zu ändern, die Übergangsjustiz mit Haftstrafen anzuwenden und die Umsetzung des Abkommens im normalen Gesetzgebungsverfahren festzulegen (also nicht via „Fast Track“, A.d.Ü.). Obwohl sie versicherte, sie studiere noch den Text der neuen Vereinbarung, kündigte sie eine Verlautbarung an, nach der von Uribe. Genauso wird Expräsident Pastrana verfahren, dem einige Einzelheiten nicht zusagen, wie z.B. die Möglichkeit, die Übergangsjustiz zu verlängern, falls dies erforderlich werden sollte.

In Richtung der Evangelikalen hat das Innenministerium eine Verlautbarung vorgelegt, aus der die Unterstützung von 45 Kirchen hervorgeht. Gleichwohl bestehen bei drei der wichtigsten Gremien weiterhin Vorbehalte, während die Unterstützer des neuen Abkommens diejenigen sind, die bereits der ersten Vereinbarung zustimmten. Die Mehrzahl derer, die für das Nein warben, blieben unzufrieden mit den Erklärungen, es existiere keine „Gender-Ideologie“ und fordern, dass von den Rechten der Frauen die Rede sein sollte, der Begriff „Gender“ jedoch verschwinde, weil man ihn als gegen ihren Glauben gerichtet ansehe.

Sie versichern aber, der Kompromiss über die Religionsfreiheit sei ausreichend. „Wir verlangen, dass der neue Vertrag nicht definitiv sein soll“, sagen die Pastoren Eduardo Cañas, Hector Pardo, Claudia Castellanos und John Milton Rodríguez vom „Christlichen Pakt für den Frieden“, und sie bestehen darauf, dass die UNO nicht vertrauenswürdig für die Verifizierung des Abkommens sei, weil sie weltweit Politiken mit Genderorientierung unterstütze. Die Erklärungen und die akademischen Debatten reichten nicht aus, um davon zu überzeugen, dass der Friedensvertrag nicht gegen das traditionelle Konzept der Familie gerichtet sei.

In der Summe sind die Einzigen, die offen oder verdeckt auf der Seite des Nein standen, aber den neuen Vertrag unterstützen, einige kleine Kirchen sowie die in Acore gruppierten Offiziere im Ruhestand, die vor einigen Tagen mitbekamen, dass die Übergangsjustiz nicht allein der FARC, sondern auch Polizisten und Militärangehörigen von Nutzen sein könnte, außerdem einige Spitzen der katholischen Kirche. „Bis jetzt sind wir optimistisch bezüglich der erreichten Ergebnisse“, sagte gegenüber SEMANA Monseñor Luis Augusto Castro, Vorsitzender der Bischofskonferenz. Vorige Woche fanden zwei Besprechungen statt zwischen den verschiedenen Gruppen der Befürworter des Nein. An ihnen nahmen außer der Uribe-Partei teil z.B. der frühere Procurator Alejandro Ordoñez, die Direktorin der Stiftung „Sichtbare Opfer“, Diana Sofia Giraldo, der Journalist Herbin Hoyos und der Anwalt Rafael Nieto. Jene Meinungsführer, die keine formellen politischen Repräsentanten sind, lehnen es ab, dass die Regierung die Möglichkeit weiterer Modifizierungen ausgeschlossen hat und stimmen darin überein, alle weiteren Äußerungen entlang der von Expräsident Uribe aufgezeigten Linie zu tätigen. Und obwohl die Regierung wochenlang separate Gespräche mit jeder dieser Gruppen gesucht hatte, liegt es auf der Hand, dass sie sich weiter den Vereinbarungen mit der FARC widersetzen und vorhaben, gemeinsam unter der Bezeichnung „Tisch des Nein“ zu agieren.

Die Anstrengungen der Regierung, die Mitglieder dieses Tisches davon zu überzeugen, das neue Abkommen zu unterstützen, hatten nicht den erwarteten Erfolg und dies aus mehreren Gründen. Ein Gutteil der Vertreter des Nein gehört radikalen Gruppierungen an, die sehr entschiedene Auffassungen vertreten und kaum zu Konzessionen bereit sind. Zum einen gehören dazu Vertreter, die eine Vision der Rechten vertreten und jegliche Möglichkeit ablehnen, dass die FARC auf der politischen Bühne mitmacht und zum anderen Verteidiger spiritueller Überzeugungen, die eher für den Glauben als für Argumente stehen.

Andererseits war die Strategie der Treffen zwischen Regierung und dem Nein nicht spontan und folgte keiner vereinbarten Vorgehensweise oder Regeln der Transparenz. Während die Regierung sagt, sie habe übermenschliche Anstrengungen unternommen, um die Mehrzahl der Einwendungen ins Abkommen einzubauen, versichern die Opponenten, sie hätten erwartet, dass die Diskussionen über das Abkommen mit der FARC nicht geschlossen würden, solange sie nicht ihre Zustimmung gegeben hätten. Auch wenn letztere Möglichkeit es unmöglich machte, irgendeine Verhandlung abzuschließen, fehlte es auch an Klarheit, ihre Erwartungen zu definieren. Zu Letzterem kommt, dass anstatt ihre Mitteilungen an die Wähler zu richten, die mit Nein gestimmt haben, die Regierung ihre Gesprächspartner zu Sprechern aufwertete, die jedoch von Besprechung zu Besprechung wechselten und die nicht unbedingt politische Repräsentativität verkörpern.

Und die Mehrzahl derer, die doch über diese verfügen – oder die sich zumindest der Anerkennung durch die öffentliche Meinung sicher sein können – möchte 2018 in den Präsidentenpalast einziehen. Unter den Sprechern des Nein sind fünf Anwärter auf eine Kandidatur für das Präsidentenamt: Carlos H. Trujillo, Iván Duque und Óscar Zuluaga vom Demokratischen Zentrum, Alejandro Ordoñez, der sich durch genügend Unterschriften als Kandidat aufstellen lassen will und Marta Lucía Ramírez, die sich um Unterstützung durch die Konservative Partei bemühen könnte. Bis jetzt gründen sich alle diese Hoffnungen darauf, in Opposition zu den Reihen von Juan Manuel Santos zu stehen.

Unter den 6.438.552 Kolumbianern, die mit Nein stimmten, sind mit Sicherheit Bürger, die sich mit dem neuen Abkommen sicherer fühlen. Gleichwohl erklingt die Stimme des Nein hart und für einen Moment ist sie die der Politiker und Evangelikalen, die am 2. Oktober zu Verhandlungspartnern der Regierung aufstiegen.